Beschluss Chatkontrolle dauerhaft verhindern, Verschlüsselung als europäisches Grundrecht!

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	30.11.2025
Tagesordnungspunkt:	VR Im V-Ranking priorisierte V-Anträge

Antragstext

Wir GRÜNE setzen uns auf europäischer Ebene gemeinsam mit unseren Partnerparteien sowie den Grünen-Abgeordneten im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag dafür ein, dass ein Grundrecht auf Verschlüsselung für natürliche und juristische Personen in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union aufgenommen wird. Dafür unterstützen wir einen koordinierten europäischen Prozess und die Entwicklung einer gemeinsamen politischen Strategie.

Wir lehnen anlasslose Massenüberwachung wie Vorratsdatenspeicherung oder Chatkontrolle ab. Stattdessen setzen wir auf eine zielgerichtete und rechtsstaatlich abgesicherte Strafverfolgung und die dafür notwendigen Datenzugriffsrechte. Im digitalen Raum setzen wir auf Verfahren, die Grundrechte schützen und die technische Sicherheit gewährleisten, etwa ein Quick-Freeze-Gesetz sowie weitere gezielte Instrumente wie Login-Fallen.

Anbieter von Kommunikationsdiensten wie WhatsApp, Signal oder Facebook dürfen nicht verpflichtet werden, Inhalte flächendeckend oder automatisiert zu durchsuchen. Auch Client Side Scanning lehnen wir ab: Es unterläuft die Ende-zu-Ende Verschlüsselung, gefährdet private Kommunikation und schafft sicherheitsrelevante Schwachstellen. Die Chatkontrolle bietet keinen wirksamen Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Fehleranfällige KI-Erkennung, massenhafte Falschmeldungen und Ausweichbewegungen von Täter*innen würden Ermittlungen behindern. Zugleich brauchen Kinder und Jugendliche gerade heute stärkeren Schutz und sichere, selbstbestimmte digitale Räume.

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen wir uns deshalb für eine zielgerichtete Stärkung der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden ein sowie für umfassende Präventionsmaßnahmen: digitale Kompetenzen, Unterstützung für Eltern und pädagogische Fachkräfte, klare Anlaufstellen und verlässliche Hilfsangebote für Betroffene.